

# CHRONIK DER ZEIT

## Ein Jahr des kalten Friedens — Rückblick auf 1952

In den drei vorhergehenden Jahren stand die Welt mindestens zweimal am Rande des Weltkrieges: während der Berliner Blockade und nach dem Eingreifen Chinas in den koreanischen Krieg. Die Weltmeinung ist sich einig darüber, daß im Jahre 1952 die akute Kriegsgefahr geringer geworden ist. *Winston Churchill*, immer mehr dazu geneigt, dem Krieg entgegenzugehen als vor ihm die Augen zu schließen, hat sich gleichfalls für die Auffassung ausgesprochen, daß der Krieg nicht mehr draußen vor der Tür steht, wie es die Jahre hindurch schien. Die Flamme des Krieges sank zu der schwelenden Glut zusammen, die man den kalten Krieg nennt (der nicht unblutig ist, der nur nicht von den Hauptmächten geschlagen wird!). In Indochina und Korea gehen Kämpfe von oft erschreckender Härte weiter. Auf der malaiischen Halbinsel schwelt der Guerillakrieg weiter, ein grausamer und erbarmungsloser Kampf. In Englands afrikanischer Kolonie Kenia schleicht der Mord durch den Mau-Mau-Verband weiter umher. In Nordafrika entladen sich Gärungen und Unruhe immer wieder in blutigen Revolten. Aber man nimmt die Funken nicht mehr so ernst, seit man glaubt, daß der Zunder des großen Krieges nicht mehr so offen daliegt. Man gibt sich daher der Hoffnung hin, daß der Zustand des kalten Krieges in den des kalten Friedens übergegangen sei.

Nun ist der kalte Krieg mehr Krieg als der. kalte Friede Friede ist. Der Druck, der auf der freien Welt lastet, ist geringer geworden — wirklich oder scheinbar. Aber ein wahrhafter Friedenszustand konnte nicht geschaffen werden. Der Druck der unmittelbaren Kriegsgefahr mag von den Völkern genommen worden sein, nicht aber der Druck der Rüstung. Der kalte Krieg ist ein Zwischenreich zwischen Krieg und Frieden, und die Welt läuft Gefahr, die Nachteile zweier Welten zu vereinigen. Die Last der Rüstung bleibt auf dem Rücken der Völker, und man hat nur die Entschlossenheit, den Wagemut und die planende Kühnheit verloren, die immerhin der Vorteil der Gefahrenzeiten sind. Die Rüstungsanstrengungen werden verlangsamt. Die Gegensätze zwischen den Völkern brechen wieder durch, die durch die gemeinsame Gefahr überwunden schienen. Man glaubt wieder ein Recht auf seine kleinen Sorgen zu haben, die angesichts der großen schrecklichen Weltgefahren als zu winzig erschienen waren. Man ist froh, den Planungen

für den Krieg und für die Verteidigung in ihrer drückendsten und härtesten Form entronnen zu sein. Aber man hat keine große Planung für den Frieden an ihre Stelle gesetzt. Ein Bruchteil der Anstrengungen, die man für den Krieg machte, hätte ausgereicht, um die internationale, wirtschaftliche und soziale Neuordnung des Westens durchzuführen.

Das Jahr 1952 war ein Jahr der aufgeschobenen Entscheidungen. Es beginnt mit einem Entschluß, der eine große Entscheidung hätte sein können. Am 11. Januar 1952 nimmt der Bundestag mit 232 gegen 143 Stimmen den *Schumanplan* an. Aber die großen Fragen, die ihm erst seinen wahren Wert im weltpolitischen Geschehen zu geben vermögen, blieben unentschieden und ungelöst, die Frage der politischen Ordnung für Europa, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die sich hinter Kohle und Stahl erhoben.

Theoretisch hätte nach der Annahme des Schumanplanes ein *Saarproblem* nicht mehr bestehen dürfen. Es hätte gleichgültig sein müssen, wer über das kleine Land regiert, sobald es einmal für Kohle und Stahl „nationale Souveränität“ nicht mehr gab. Aber wenige Wochen nach der Ratifizierung des Schumanplanes durch den Bundestag ernannte Frankreich seinen Hohen Kommissar im Saargebiet, *Granval*, zum Botschafter. Das Saargebiet erlangte dadurch gleichsam eine völkerrechtliche Souveränität in dem Augenblick, da die Bundesrepublik sich bereit erklärte, die eigene Souveränität zu einem großen Teil preiszugeben. Die Saarfrage bleibt daher als Schatten über der europäischen Politik, der anzeigt, daß die alten Streitfragen Europas stärker geblieben sind als die neuen Einrichtungen der Einheit.

### Frankreichs ewige Krise

Das Jahr 1952 beginnt mit einer französischen Regierungskrise, so wie es mit einer endete. Am 7. Januar 1952 tritt die Regierung *Pleven* zurück. Die Regierung *Faure* — nach der gewohnten demütigenden Prozedur gebildet — hält gerade einen Monat aus, um dann einer Regierung *Pinay* zu weichen. Die Regierung *Pinay* — nach rechts neigend — legte viel Schwung und Energie an den Tag. Aber einen Tag vor dem Weihnachtsfest 1952 gab sie auf und bekannte sich als gescheitert. Sie zerbrach im letzten Grunde an den aufgeschobenen und unterlassenen sozialen Entscheidungen der französischen Republik. Der Währungsschnitt war nie unbarmherzig genug durchgeführt worden, um den Überhang an Kaufkraft wirklich zu beseitigen. Frankreich kam daher nicht aus der schleichenden Inflation heraus. Die bürgerlichen Klassen aber bäumten sich gegen jede wirtschaftliche und soziale Poli-

tik auf, die wirkliche Opfer von ihnen verlangt hätte. Die durchgreifende und nahezu revolutionäre industrielle Erneuerung des Landes, wie sie sich der Monnetplan zum Ziel setzte, hatte zwar beachtliche Erfolge aufzuweisen, blieb aber zuletzt doch stecken. Die Dollarhilfe führte zu bequemen Lösungen. Man stopfte die Löcher im Staatshaushalt, so wie man Regierungen zusammenflickte. Inzwischen ist die äußerste Rechte, die Bewegung *de Gaulles*, regierungsfähig geworden. Man bezieht sie in die parlamentarischen Kombinationen ein, und sie gibt sich zu dem Spiel nicht sehr widerstrebend her. Ob sie sich dabei verbraucht oder ob sie sich Fußstapfen auf dem Weg zur Macht dadurch errichtet, wird sich zeigen müssen. Die Zeichen sprechen eher dafür, daß die großen Entscheidungen auch hier umgangen werden.

Frankreich aber hätte eine klare, entschiedene, tatkräftige und wagemutige Politik um so mehr not, da die außenpolitische Last schier über seine Kraft geht und nur von einem Volk getragen werden könnte, das sich dafür durch eine Politik innerer politischer und sozialer Reform vorbereitet. Frankreich sieht sich in einen endlosen Krieg in *Indochina* verwickelt, der im Jahre 1952 schwere Rückschläge und dramatische Augenblicke der Krise für Frankreich gebracht hat. Frankreich hat nicht die Kraft aufgebracht, wie sie die englische Arbeiterregierung in Indien an den Tag legte, rechtzeitig das Land zu verlassen, bevor man sich in einen hoffnungslosen Kampf verbissen hat. Die Alternative wäre eine rechtzeitige große militärische Anstrengung, die den Aufbruch wirklich erstickt hätte, und eine gleichzeitige kühne Politik der inneren Reform im Lande gewesen. So, wie es jetzt ist, frißt der Krieg in Indochina an der Kraft Frankreichs. Frankreich hat den Hauptanprall des Aufstandes der kolonialen Völker auszuhalten, der dem weltpolitischen Geschehen des Jahres 1952 weitgehend das Gepräge gibt. Die *nordafrikanischen* Besitzungen und Einflußgebiete Frankreichs in Nordafrika bewegen sich am Rande des offenen Aufstandes entlang, und manche Beobachter der Weltpolitik fürchten, daß hier neben Korea, Malaya und Indochina ein neuer Brandherd der Weltpolitik entsteht.

In Europa aber erfordert das Ja und das Nein zu der *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* gleichermaßen Kraft und Mut. Unter der gegenwärtigen Weltlage ist die Wiedererstarkung Frankreichs daran gebunden, daß es nicht offen gegen die amerikanischen Planungen für die europäische Verteidigung meutert. Die Zusammenarbeit mit den USA aber ist in die diplomatische Routine Frankreichs eingegangen, und die amerikanische Rückversicherung ist für die französische Politik kaum zu entbehren. Die deutsche Wiederaufrüstung aber ist in den französischen Augen wie ein Sprung aus der Bratpfanne ins Feuer. Frankreich —

und Europa und Deutschland gleicherweise — treiben daher in die geschichtliche Lage zwischen 1918 und 1933 hinein, da Frankreich weder das Herz Deutschlands zu gewinnen noch seine Kraft zu brechen vermochte. Frankreich finassiert daher das ganze Jahr 1952 hindurch, was seine Haltung zu den Verträgen über die europäische Einheit und Verteidigung betrifft. Es vermeidet sowohl die Aufkündigung als auch die endgültige Annahme. Der Sturz der Regierung Pinay ist vor allem durch die allgemeine Mißstimmung gegen die Außenpolitik *Robert Schumans* beschleunigt worden. Frankreich will den Weg nicht gehen, auf den Robert Schuman es führen wollte. Frankreich aber weiß kaum einen anderen Weg — außer den des Abwartens und Treibenlassens, denselben Weg, den praktisch ganz Europa geht. Der Sturz Schumans — vor allem *er* ist gestürzt worden — ist auch eine Niederlage der amerikanischen Weltpolitik. Die deutsche Politik *Robert Schumans* hatte den Segen des Weißen Hauses. Das amerikanische Auswärtige Amt war es, das die französische Regierung mit ständigen Mahnungen zur Nachgiebigkeit in Nordafrika bestürmte, zu einem Nachgeben, das jetzt die Unruhe von ganz Frankreich hervorgerufen hat. Die französische Republik hat es als eine schmerzliche Demütigung empfunden, als die politische Kommission der UNO — von Frankreich gemieden — die tunesische Frage beriet — ohne zwar Entschlüsse zu fassen und ohne Frankreich durch konkrete Maßnahmen irgendwie wehe zu tun. Breite französische Kreise argwöhnten, daß die USA versuchen wollen, sich mit dem arabischen Nationalismus in Nordafrika zu verständigen und so in die alten Herrschaftsräume der europäischen Kolonialmächte einzusickern. Auch in Persien suchen amerikanische Kreise die Öllquellen der Anglo-Iranian-Oil-Company wieder zum Fließen zu bringen und dem von England in die Wege geleiteten Boykott gegen den Einkauf persischen Öls ein Ende zu bereiten. Die USA haben zwar genug Gründe, zu fürchten, daß sie auf die Dauer die Geister nicht mehr bannen können, die sie riefen; aber es ist noch genug von dem alten *Ami-Kolonialismus*, ja von dem alten antieuropäischen Kreuzzug der USA geblieben. Im Jahre 1952 ist diese entscheidende Weltpolitik der Vereinigten Staaten auf eine wesentliche Weise auf die Probe gestellt worden.

## Der Aufstand der Farbigen

Überall flackerte die nationale Leidenschaft und die soziale Unruhe im Orient hoch. In *Ägypten* kam es im Januar zu schweren Unruhen und entfesselten Ausschreitungen gegen die Europäer. Das Land ist in den folgenden Monaten nicht mehr zur Ruhe gekommen. Eine Regierungskrise jagte die andere. Die Zei-

chen der sozialen und politischen Auflösung wurden immer ausgeprägter. Da riß am 23. Juli die Armee unter General *Nagib* die Herrschaft an sich, die nationale und soziale Erregung gleichzeitig bekundend und bändigend. Am 26. Juli dankte König *Faruk* ab. Die nationale Revolution im arabisch-islamischen Raum hat einen weithin sichtbaren Ausdruck gefunden.

Inzwischen war in *Tunis* die Krise mit voller Schärfe entbrannt. Der französische Hohe Kommissar hatte am 27. März die Regierung in Tunesien abgesetzt und ihre führenden Mitglieder verhaften lassen. Seitdem schwelt der Aufbruch im Lande. Die Ermordung des Gewerkschaftsführers *Ferhat Hached* im Dezember ruft schwere Unruhen in Nordafrika hervor und wühlt alle afrikanischen Nationen auf.

Die im Februar abgeschlossenen Wahlen in *Indien* bilden nur scheinbar eine Ausnahme in dem revolutionär erregten Zustand Asiens. Die Kongreßpartei des Ministerpräsidenten *Nehru* ging zwar bei den Wahlen als Sieger hervor; aber es erweist sich, daß sie eine überwältigende Mehrheit nur in den agrarischen Gebieten erringen konnte, die noch in altüberlieferter Dumpfheit dahinschlummern. In all den Gebieten mit einem wachen politischen Bewußtsein — dort, wo sich die Industrialisierung Bahn gebrochen hat — hat die Regierung zum Teil große Niederlagen erlitten.

Sieger ist im Jahr 1952 der *persische* Nationalismus unter Führung von Ministerpräsident *Mossadek* geblieben. Mitte Juli wurde er vorübergehend gestürzt, aber die neue Regierung erlag sofort einem Volksaufstand, durch den *Mossadek* wieder zur Macht emporgetragen wurde. Einige Wochen später — 23. Juli — erringt er den Triumph, daß der Internationale Gerichtshof im Haag — durch eine britische Klage mit dem Ölfeldkonflikt befaßt — sich für unzuständig erklärt und dadurch faktisch dem persischen Standpunkt recht gibt. Am 22. Oktober bricht Persien seine Beziehungen zu Großbritannien ab, als dieses sich weigert, eine sofortige größere Nachzahlung im Namen der alten anglo-persischen Ölgesellschaft an den persischen Staat zu leisten. Vor Generationen noch war der britische Botschafter in Teheran ein Abgott gewesen. Die Schlachtkreuzer seiner Majestät hätten jeden schiefen Blick gegen den Gesandten gerächt. Jetzt geht selbst auf dem extraterritorialen Gebäude der britischen Botschaft in Teheran die britische Flagge nieder. Europas Herrschaft in Asien tritt in ihre Abenddämmerung ein.

Die Bewegung der Araber greift auch auf die *Schwarzen* über. In der *Südafrikanischen Union* kam die ganze eingeborene Welt in Bewegung, als der Oberste Gerichtshof des Landes ein Rassentrennungsgesetz der Regierung für ungültig erklärte. Selbst das bisher schlummernde Afrika der Negerstämme ist jüngst aufgewühlt worden. In *Kenia* hat der

Geheimbund *Mau-Mau* eine Woge der Gewalttätigkeit und der Verbrechen ausgelöst. Solche Geheimbünde sind im inneren Afrika nichts Neues. Diese Geheimbünde verschwören sich seit altersher zu Bluttaten, denen sie eine geheimnisvolle magische Bedeutung geben, und sie schulen sich dazu, Tiermenschen zu werden und im Blutrausch die höchste Erfüllung des Daseins zu finden. Das Neue aber ist, daß hinter diesen Gewalttaten auch gelehrte Agitatoren und geschulte Kommunisten stehen. Unbezweifelbar ist auch, daß die Nöte des Landes solche Bewegungen erleichtern und auslösen können. Diese *Mau-Mau*-Bewegung mündet bei all ihren uralten Zügen des uralten Afrikas in der großen Aufbruchbewegung der kolonialen Völker.

Ein Staatsstreich im *Irak* hat im Oktober zur Machtergreifung der Armee geführt. Auch wenn die neue Regierung die persische Verstaatlichung der Ölquellen nicht nachahmen will, und auch wenn sie ihre internationale Politik auf vorsichtige Weise betreibt, so verriß der Umsturz im Irak doch einen härteren und unbeugsameren Willen der arabischen Völker. Auch dieser Umsturz ist ein Flammenstoß aus dem großen Vulkanausbruch, der die Erde überall erschüttert, wo die europäische und die asiatisch-afrikanische Welt aufeinanderstoßen.

Die Bundesrepublik wäre beinahe in den Strudel dieser kolonialen Revolution hineingerissen worden, als sie das Wiedergutmachungskommission mit dem Staat *Israel* abschloß. Es war ein übermächtiges moralisches Gebot des deutschen Volkes, Wiedergutmachung zu leisten. Das Dritte Reich hatte sein Vernichtungswerk so gründlich getan, daß kaum Angehörige der Opfer verblieben waren, denen Hilfe geleistet werden konnte. So mußte die Bundesrepublik anerkennen, daß der Staat *Israel* Wortführer und Sachwalter der Millionen hingemordeter Juden war. Aber der Staat *Israel* befindet sich im Kriege. Die arabischen Völker leiden an der bitteren Erinnerung an die Niederlage in ihrem Kriege gegen den neuen Staat *Israel*. Sie empfinden es schmerzlich, daß mehr als eine Million Araber aus ihrem alten Heimatland Palästina vertrieben wurde. Wer *Israel* hilft, hilft in ihren Augen einem Todfeind. Für sie genügt es daher nicht, daß nur die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach *Israel* unterbunden wird. Die arabischen Staaten drohen deshalb, die Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik abzubrechen, falls das Wiedergutmachungsabkommen mit *Israel* in Kraft tritt. Es bleibe unerörtert, ob nicht ein Teil der Spannungen hätte beseitigt werden können, wenn man vor und während der Verhandlungen mit *Israel* den Kontakt mit den arabischen Staaten gesucht hätte. Die Lage ist deshalb besonders tragisch, weil das deutsche Volk im Orient eine fast weltgeschichtliche Chance vor sich hat.

## Die deutsche Frage

Das Jahr des kalten Friedens, des Haibund Unfriedens bedeutete für *Deutschland* ein Jahr des Nichtfriedens. Es ist die weltgeschichtliche Chance der Deutschen, daß Friede in der Welt nur dann sein kann, wenn Deutschland wieder ist. Das Jahr 1945 erlebte das Versanden aller internationalen Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung und den Friedensvertrag mit Deutschland. Am 10. März schlug die Sowjetregierung Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit und einen Frieden für Deutschland vor. Die wahre Absicht blieb im Dunkel. Ob die Sowjetunion bereit war, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, weil sie Furcht vor der deutschen Wiederaufrüstung hatte, wird die Historiker für lange Zeiten beschäftigen. Inzwischen scheint aber die Sowjetregierung von der Furcht vor der deutschen Wiederbewaffnung völlig gratis durch die Uneinigkeit der europäischen Völker selbst befreit worden zu sein. Ein Notenkrieg begann, der zur Verständigung der Weltmächte soviel beitrug, wie etwa eine in der Zeitung ausgetragene eheliche Auseinandersetzung die Eintracht unter den Ehegatten zu befestigen vermöchte. Die Westmächte antworteten am 25. März. Die Sowjetunion wiederum am 10. April. Die Westmächte gaben die Gegenantwort am 10. Mai. Die Sowjetunion erwiderte am 21. Mai, und mit der westlichen Antwort vom 10. Juli schlofen die Verhandlungen und die Gespräche über die deutsche Wiedervereinigung vollends ein.

Die deutsche Einheit bildet noch immer den Hauptprogrammpunkt und die Hoffnung großer politischer Gruppen innerhalb und außerhalb Deutschlands. Die dunkle und unklare Hoffnung auf Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Einheit ist die hauptsächlichste Alternative zu allem dem, was in Europa an internationaler und selbst an innerer Politik gemacht wird.

Die Weltmächte sind uneins darüber, was Deutschland wäre und die Deutschen auch. Das schauerliche Fazit des Jahres 1952 für die Deutschen ist, daß das deutsche Volk in den entscheidendsten und elementarsten Fragen seines Schicksals nicht einig ist. Das Jahr -1952 endete deshalb mit etwas, was man eine Verfassungs- und selbst eine Staatskrise genannt hat. Ob man davon im technischen Sinne sprechen kann, mag umstritten sein und geht die Theoretiker an. Die Gebrechlichkeit und Krisenhaftigkeit des deutschen Zustandes ist jedenfalls im Jahre 1952 mehr als deutlich geworden. Die Deutschen haben sich nicht darüber einigen können, was denn Deutschland wäre. Sie sind uneins über den Weg, der zu der Wiedervereinigung Deutschlands führen kann, sie sind in den wichtigsten Fragen des nationalen Daseins gespalten.

Von dieser Zerklüftung des deutschen Volkes rühren die unglückseligen Auseinandersetzungen um das Bundesverfassungsgericht und seine Stellung im politischen Gefüge der Bundesrepublik her. Die Schaffung des Bundesverfassungsgerichts geht auf ein großes nationales Erlebnis zurück, auf den Anschauungsunterricht, den das Dritte Reich darüber erteilte, daß keine Gewalt auf Erden etwas tun dürfe, was nicht Recht ist. Aber die Entwicklung der Dinge hat dem Bundesverfassungsgericht Entscheidungen auferlegt, die der Politik und dem deutschen Volk als Ganzes obliegen.

Das Gericht wird sicherlich allein nach den geltenden Rechtsordnungen urteilen. Die Richter werden es als die Sache der Politiker ansehen, das Verfassungsrecht zu ändern, wenn sich daraus unhaltbare politische Konsequenzen und Situationen ergeben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß auch die nach rein rechtlichen Gesichtspunkten gefällte Entscheidung gewaltige politische Konsequenzen haben kann und möglicherweise selbst den Gang der europäischen Geschichte zu beeinflussen vermag.

Als die Opposition beim Bundesverfassungsgericht klagte und diese Klage beim Ersten Senat anhängig war, forderte der Bundespräsident ein Gutachten des Gerichtes an, ob die von ihm zu unterzeichnenden Verträge über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als verfassungsmäßig anzusehen wären. Am 30. Juli 1952 wies der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts den Antrag der Opposition zurück mit der Begründung, daß das Gericht nur über die Verfassungsmäßigkeit eines bereits vorliegenden Gesetzes entscheiden könne. Währenddessen lief die Beratung des Gutachtens für den Bundespräsidenten weiter.

Am 6. Dezember nahm nun der Bundestag mit Mehrheit in zweiter Lesung die Verträge über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft an. Doch wurde die dritte Lesung, die sich nach allgemeiner Ansicht und Erwartung gleich anschließen sollte, ausgesetzt. Die Koalitionsparteien reichten an Stelle dessen beim Bundesverfassungsgericht eine Feststellungsklage darüber ein, ob die Verträge rechtsgültig mit einfacher Mehrheit angenommen werden könnten. Gegenüber den vielfältigen Versuchen, die Senate des Bundesverfassungsgerichts gegeneinander auszuspielen, erklärte das Bundesverfassungsgericht am 9. Dezember 1952, daß sein für den Bundespräsidenten zu erstattendes Gutachten (das vom Plenum des Bundesverfassungsgerichts abzugeben wäre) als bindend für alle Senate und Organe des Gerichtes angesehen werden müßte. Ob dadurch die Rechtsnatur eines Gutachtens verändert wurde, mag von den Juristen umkämpft werden. Doch konnte das Gutachten des Gerichts — auch wenn dieser förmliche Beschluß des Plenums unterblieben wäre — nie nur eine bloße Meinung darstellen, die für die Senate unverbindlich gewesen wäre. Ein oberstes Gericht,

das mit gegensätzlichen Standpunkten vor die Öffentlichkeit träte, wäre kein besonders tauglicher Hüter des Rechts und der Verfassung. Die Bundesregierung erachtete den Beschluß des Gerichts als eine Überschreitung seiner Befugnisse, und der Bundespräsident selber zog sein Gesuch um ein Gutachten wieder zurück.

### Um einen neuen Start

Ob durch all diese Entwicklungen die Bundesrepublik in eine Verfassungs- oder gar Staatskrise eingetreten sei, wird in Deutschland seitdem heftig umkämpft. Der Konflikt der höchsten Organe des Bundes, der Regierung und des obersten Gerichts, ist zunächst dadurch vermieden worden, daß das Gutachten, dessen Verbindlichkeit die Regierung anzweifelte, nicht mehr erstattet werden wird. Die deutsche Staatskrise ist auf jeden Fall älter und beruht darauf, daß das deutsche Volk sich bisher in seinen elementarsten nationalen Fragen nicht einig zu werden vermochte.

Die Stimmen haben sich zweifelsohne in der Bundesrepublik vermehrt, die bezweifeln, ob eine Entscheidung, die das Gefüge der Nation in allen Bereichen, in den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und den geistigen berührt, mit so geringen und zufälligen Mehrheiten beschlossen oder abgelehnt werden dürfte. Der Standpunkt wird vielfach vertreten, daß ein Neubeginnen und ein neuer Start in der gesamten deutschen Politik notwendig sei. Man stellt vielerorts die Versteifungen, Erstarrungen und Verkrampfungen fest, die sich in der sozialen, wirtschaftlichen und allgemeinen Politik gezeigt haben. Der Entschluß über die deutsche Wiederaufrüstung würde so elementare Verantwortungen einschließen und würde einen so großen und umfassenden Lastenausgleich auf allen Gebieten des nationalen Lebens notwendig machen, daß die Entscheidungen und Regelungen darüber nur auf der breitesten Basis und durch eine Art neuen Volksvertrag getroffen werden können.

Die deutsche Staatskrise könnte überwunden werden, wenn kommende Wahlen einen beherrschenden und unbezweifelbaren Willen der Nation in irgendeiner Richtung erkennen ließen. Doch bleibt bislang die politische Physiognomie der Bundesrepublik durch das Gleichgewicht der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gewalten bestimmt, das sehr leicht zur Erstarrung des politischen Lebens führen kann. Die inneren Geschehnisse des Jahres 1952 geben keine Anzeichen dafür, daß die deutsche Politik im Begriff sei, „in die große Bewegung überzugehen“. Die Wahlen zum neuen Bundesland Baden-Württemberg am 3. März 1952 brachten keinen Erdbeben. Die Regierungsbildung unter *Reinhold Maier* mit ihrer Koalition zwischen FDP und SPD vermehrte nur die Buntscheckigkeit der deutschen politischen Landkarte, zu der dann späterhin auch die

Regierungsbildung in Niedersachsen mit ihrer Koalition zwischen SPD/BHE hinzukam. Am 16. Mai wurde das Lastenausgleichsgesetz endgültig beschlossen — eine der großen inneren Entscheidungen in der deutschen Politik, ein Gesetz, das aber die sozialen und nationalen Katastrophen des verflossenen Jahrzehnts mehr registriert als überwindet. Am tiefsten wurde wohl das politische Bild Deutschlands verändert durch den Tod *Kurt Schumachers* am 20. August. Die SPD wählte auf ihrem Parteitag in Dortmund *Erich Ollenhauer* zum Nachfolger Schumachers. Eine tiefgreifende Entscheidung vollzog die Bundesrepublik auch dadurch, als am 23. Oktober der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts — den Bestimmungen des Grundgesetzes gemäß — die Sozialistische Reichspartei (SRP) für verfassungswidrig erklärte. Die Bundesrepublik suchte sich von Anfang an durch die Festlegung des Grundgesetzes, daß die Feinde der Freiheit in der Demokratie keine politische Freiheit haben dürfen, ein anderes geschichtliches und politisches Profil gegenüber der Weimarer Verfassung zu geben. Am 23. Oktober hat die Bundesrepublik Ernst mit sich selber gemacht. Dadurch, daß das Bundesverfassungsgericht die Mandate der Abgeordneten der SRP ersatzlos für verfallen erklärte, wurde das große und erregende Problem der Begegnung von Politik und Recht erneut ins Licht gerückt.

### Zwielicht über der Saar

Zwiesichtig war der Ausgang der Wahlen, die am 30. November zum Landtag des Saargebiets stattfanden. Die Regierung des Saargebiets hatte nur Parteien zugelassen, die sich auf die politische Selbständigkeit des Saargebiets verpflichteten. Damit waren die deutsch orientierten politischen Gruppen von der Wahl ausgeschlossen. Die Parteien der Bundesrepublik und die Bundesregierung hatten den Saarländern empfohlen, sich der Wahl zu enthalten oder weiße Stimmzettel abzugeben. Bei großer Wahlbeteiligung gaben nun 30 vH der Wähler weiße Zettel ab. Der nationale Erdbeben im Saargebiet blieb also aus. Die Minderheit ist aber keineswegs unbeträchtlich. Wäre durch zugelassene deutsch orientierte Parteien die Möglichkeit gegeben gewesen, sich auf positive Weise zu der Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland zu bekennen, wäre vermutlich eine erheblich größere Stimmenanzahl der „deutschen“ Richtungen des Saargebiets herausgekommen. Zu bedenken ist auch, daß das Plebiszit des Saargebiets für Deutschland im Jahre 1935 in einem Augenblick geschah, als das Dritte Reich einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte, und daß der Sog der ökonomischen Blüte des Reichs sehr stark wirkte. Auf der anderen Seite wurde das „unabhängige“ Saargebiet in einem Augenblick der höchsten Not gebildet. Die Unabhängigkeits-

erklärung war eine Flucht aus der deutschen Not. Das Saargebiet nahm dadurch die Währungsreform und ihre ökonomischen Vorteile vorweg, was einen starken und nachwirkenden Affekt im politischen Leben des Saargebiets und der Bundesrepublik bildet.

## Der zweite Koreakrieg

Die Hohen Kommissare sagten in ihrer Neujahrsbotschaft an den Bundespräsidenten: „Diese Verträge legen die Lenkung der Geschichte der Bundesrepublik wieder in deren Hand.“ Das ist nur in einem sehr beschränkten Sinn richtig. Der Bundespräsident selber hat in seiner Neujahrsansprache vor dem deutschen Rundfunk das deutsche Volk ermahnt, es möchte die Abhängigkeit seines Schicksals von den Weltgeschehnissen nicht vergessen. Diese Abhängigkeit hat sich in der Tat nicht verringert. Besonders die Wiedervereinigung Deutschlands, die das höchste und gewaltigste Geschehnis in der deutschen Geschichte des Nachkrieges wäre, hängt nahezu ausschließlich von den Weltmächten und den Konstellationen der Weltpolitik ab, davon vor allem, ob die Sowjetunion die Wiedervereinigung zulassen will und ob sie dazu bewogen, gezwungen oder bestochen zu werden vermag. Das aber wird durch die Weltlage bestimmt.

Wenn sich im Fernen Osten die Völker schlagen, geht das daher die Deutschen sehr viel an. Das Jahr 1952 im Fernen Osten ist dadurch gekennzeichnet, daß der — nicht erklärte — faktische Waffenstillstand in Korea zu Ende ging. Fast möchte man sagen: Der zweite Koreakrieg hat begonnen. Endlos Zogen sich die Waffenstillstandsverhandlungen dahin, bei denen es immer offenkundiger wurde, daß es der Sowjetseite nur auf Zeitgewinn ankam. Am 21. Juni begannen die großen Luftbombardements der Alliierten gegen die Kraftwerke am Yalu erneut, jene Kraftwerke, die für die mandchurische Industrie von gewaltigster Bedeutung sind und die einen wirtschaftlichen Lebensnerv Rotchinas darstellen. Vom September an spielte sich — nachdem die Kommunisten eine Offensive eröffneten — ein blutiges Ringen um strategische Schlüsselstellungen ab.

Eine Entscheidung haben die Kämpfe bislang nicht gebracht. *General Eisenhower* hat im Wahlkampf erklärt, daß er eine Entscheidung im Koreakrieg suchen wolle — durch kriegsgerische oder friedliche Mittel. Nach der Wahl hat er den angekündigten Besuch in Korea durchgeführt. Er hat danach erklärt, daß es eine Patentlösung für die Koreafrage nicht gebe, aber man redet von einem Gesamtplan für Asien, den der neue Präsident ausgearbeitet habe. Der Plan birgt schwere Entscheidungen und Verantwortungen in sich. Er kann das Weltgeschick in neue Bahnen lenken.

## Präsident des Schicksals

Die Wahl Eisenhowers zum Präsidenten der USA ist wohl das mächtigste Geschehnis des Jahres 1952. Die Wahl beendet eine Epoche amerikanischer Geschichte. In den zwei Jahrzehnten zwischen 1932 und 1952 ist unter den Regierungen *Roosevelt* und *Truman* eine soziale Revolution in Amerika durchgeführt worden. Die Vereinigten Staaten sind zum Wohlfahrtsstaat geworden. Es waren Jahrzehnte des Aufstiegs der Arbeiterschaft und der Mittelklassen. Die Klassenschichtung Amerikas hat sich verändert. Ein neuer Mittelstand ist geschaffen worden. Das Regime *Eisenhower* wird diese Revolution nicht rückgängig machen können, Eisenhower selbst wird sie wohl auch nicht rückgängig machen wollen. Alles, was sein Regime vermag, ist, diese Revolution nicht weiter voranzutreiben.

Im großen gesehen gehört die Wahl Eisenhowers in die große Rechtsschwenkung, die in der ganzen Welt die innere Politik der großen Völker genommen hat. Der Sieg *Churchills* in den Novemberwahlen 1951, der die große, undramatische Revolution der Arbeiterregierung zwischen 1945 und 1951 fürs erste beendete, die Entwicklungen in Frankreich, durch die *de Gaulle* allermindestens zum stillen Teilhaber der Regierung wird, und eben die Wahl Eisenhowers formen das Bild der inneren Weltpolitik im Jahre 1952.

Eisenhower hat sicherlich das Bestreben, den kalten Krieg während seiner Regierungszeit zu gewinnen, und am Ende seiner Präsidentschaft werden wohl große Entscheidungen — in dieser oder jener Richtung — gefallen sein. Bis dahin muß Eisenhower den Frieden gewinnen, oder er wird der General auch des dritten Weltkrieges sein.

## Krieg unter den kapitalistischen Mächten

Eisenhower und Stalin — Befehlshaber der Riesenarmeen des zweiten Weltkrieges — sind heute die mächtigsten Männer der Welt. Ihre Äußerungen zur Weltlage sind für alle Völker der Erde der Strohalm, an dem sie erkennen möchten, wie der Wind weht. Eisenhower hat seine Stellungnahme im Wahlkampf mindestens angedeutet. Stalin hat die seine in einem Artikel im „Bolschewik“ deutlich und scharf ausgesprochen, wobei die taktischen Absichten und Wege für die unmittelbare Zukunft wie immer völlig im Dunkel bleiben. Der Aufsatz war die Einleitung und das Programm für den Kongreß der Kommunistischen Partei, der seit 1939 nach einer 13jährigen Pause erstmalig wieder tagte. Der Kongreß von 1939 leitete die Verständigung mit Hitler ein. Stalin deutete damals in einer großen Rede vom 10.

März 1939 an, man solle nicht glauben, daß man einer Einheitsfront der äußeren Welt gegenüberstehe. Es gäbe durchaus die Möglichkeit, den Krieg, der sich im Schoß der kapitalistischen Welt zusammenbraue, gegen die kapitalistischen Mächte selbst abzulenken. Der Grundgedanke des Aufsatzes im Bolschewik ist derselbe: Es sei nicht wahr, daß die Welt in ein kapitalistisches und kommunistisches Lager gespalten sei und daß der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus alle Gegensätze im kapitalistischen Lager selber erstickt und übertönt habe. Stalin setzt mit düren Worten seine Sache auf den Kampf, den Gegensatz, ja den Krieg unter den „kapitalistischen“ Mächten selbst:

„Einige Genossen behaupten, daß als Ergebnis der Entwicklung der neuen internationalen Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg Kriege unter den kapitalistischen Ländern aufgehört haben, unvermeidlich zu sein. Sie sind der Ansicht, daß die Spannungen zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Kapitalismus stärker sind als die Spannungen zwischen den kapitalistischen Staaten selbst, daß die Vereinigten Staaten sich die anderen kapitalistischen Länder so weit unterworfen haben, daß es diesen nicht mehr erlaubt ist, untereinander Krieg zu führen und sich gegenseitig zu schwächen; sie meinen, daß die fortgeschrittenen Schichten der kapitalistischen Welt durch das Ergebnis der beiden Weltkriege, die der kapitalistischen Welt so tiefen Schaden zufügten, so gründlich belehrt worden sind, daß sie sich nicht mehr zu Kriegen untereinander hinreißen lassen werden — daß also im Angesicht dieser Weltkriege Kriege zwischen den kapitalistischen Mächten aufgehört haben, unvermeidlich zu sein. Diese Genossen sind im Irrtum. Sie sehen die äußeren Erscheinungen, die wie Blasen an der Oberfläche sich kräuseln, aber sie sehen nicht die tieferen Kräfte, die — wie wohl unsichtbar wirkend — trotz alledem den Lauf der Geschehnisse bestimmen.“ Die große Tatsache der gegenwärtigen Welt sei, so führt Stalin aus, daß es den einen Weltmarkt nicht mehr gebe. Der Markt sei deshalb für die kapitalistische Welt zu eng geworden. Besonders Deutschland und Japan brauchten Absatzmärkte „drüben“. Mit Naturnotwendigkeit müßte es also zu Kampf und Streit um die verbliebenen Absatzmärkte unter den kapitalistischen Mächten kommen.

Die neue Taktik des Kreml besteht also darin, diesen Streit unter den kapitalistischen Mächten zu ermutigen und den Druck auf die äußere Welt so zu dosieren, daß die Gegensätze und Spannungen zwischen den Staaten außerhalb des Sowjetblocks nicht durch den gemeinsamen Gegensatz gegen die Sowjetunion erstickt werden. Das Rezept ist daher: überall in die Flamme des Krieges zu blasen, wo immer

sie sich in der Welt zeigt — um die Mächte draußen „aufzubrauchen“, aber das eigene Haus davor zu bewahren, solange es irgendwie geht.

### Der innere Krieg

Soweit es nach den Worten und Formeln geht, ist die Weltrevolution als Ziel und Programmpunkt aufgegeben. Den Kommunisten der Welt wurde ausdrücklich als Aufgabe aufgelegt, nicht für den sozialistischen Umsturz in der Welt zu kämpfen, sondern allein gegen die Kriegsgefahr und für die Erhaltung des Friedens (d. h. allein gegen die Außenpolitik ihrer heimatlichen Mächte). Innerhalb der sowjetischen Welt aber sind die dunklen und explosiven Kräfte des revolutionären Zeitalters keineswegs eingeschlafen. Der ganze Raum der Volksdemokratien durchschreitet im Augenblick eine Versorgungskrise, von der schwer zu sehen ist, ob sie auf rein agrarische Rückschläge oder auf eine verstärkte Rüstung zurückgeht. (Man schließt ja leicht auf Kanonen, wenn die Butter fehlt.) Der wilde und erbarmungslose Machtwille dieser Welt aber bekundet sich in den Akten der grausamen Ausrottung der politischen Gegner. Die sogenannte Säuberung findet kein Ende. In Rumänien fiel ihr eine große Figur des Weltkommunismus, *Anna Pauker*, zum Opfer. In der Sowjetzone erwartet ehemalige Spitzen der Regierung der Prozeß vor dem Staatstribunal. In Prag bilden die Galgen für ehemalige hohe Würdenträger des Regimes — unter ihnen der frühere stellv. Ministerpräsident *Slansky* und der ehemalige stellv. Außenminister *Clementis* — die Richtweiser in das neue Jahr hinein.

Das Verbrechen aber all derer, die im Morgenrauen zum Tode geführt wurden, ist es — so ist die ewige Begründung —: Agenten und Helfershelfer des amerikanischen Kapitalismus zu sein. Man geht also bei der Ausrottung der politischen Gegner davon aus, daß man sich in einem erbarmungslosen Krieg mit der kapitalistischen Welt befinde. Als Maßnahme des Krieges werden die Urteile vor dem Staatstribunal gedeutet. Die Unbarmherzigkeit des Krieges regiert also noch immer in einer Welt Hälfte, die nahezu eine Milliarde Menschen umschließt.

Das Jahr 1952 gibt also dem Jahr 1953 die beherrschende Aufgabe mit, den Frieden zu gewinnen und zu erobern, ohne den es keine Freiheit, keine geistige, keine politische und keine soziale gibt. Das Ziel muß in der Tat sein, wie es *Theodor Heuss* in seiner Neujahrsbotschaft an die Hohen Kommissare formulierte: „in neuen Formen dem allgemeinen Wohlstand und in neuen Gesinnungen der Sicherung der friedlichen Gemeinschaft der Völker durch freie Vereinbarungen zu dienen“.

ROF. DR. MICHAEL FREUND